

Student*innenparlament Marburg
- Vorstand -
Erlenring 5
35037 Marburg

Telefon: (06421) 1703-0
Telefax: (06421) 1703-33
stupa@asta-marburg.de

asta-marburg.de/stupa



Marburg, den 21.10.2022

Das Student*innenparlament hat beschlossen:

Studieren muss man sich nicht leisten müssen!

Der AStA, die studentischen Mitglieder im Senat und im Verwaltungsrat des Studentenwerks Marburg vertreten folgendes Eckpunkte-Programm gegenüber dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), der Universitätsleitung, im Senat sowie im Verwaltungsrat des Studentenwerks:

A) Studentenwerk in Marburg ausfinanzieren heißt: Beschäftigte und Studis retten!
Für ein bedarfsgerecht finanziertes Studierendenwerk, die ihren sozialen (Demokratie-)Bildungsauftrag wahrnehmen können. Während die Studierendenwerke in Hessen aktuell die Wohn-, Mensa- und Heizpreise erhöhen, geben Sie die Kosten einfach an Studierende weiter. Das liegt daran, dass das Land Hessen mittlerweile weniger als 10% der Finanzierung des Studentenwerks übernimmt. Den Rest zahlen wir Studis und die Beschäftigten durch zu hohe Semesterbeiträge, miserable Löhne und Stellenabbau. Ein ausfinanziertes Stud.-werk bedeutet für Studis:

- Bezahlbarer Wohnraum
- erweitertes und günstigeres Mensa-Angebot
- schnelle Bafög-Antragsbearbeitungen und Entlastung der Beschäftigten

Das Student*innenparlament schließt sich den Forderungen der Studierendenwerke bundesweit an und fordert den AStA zu öffentlichkeitswirksamer Aktivität dahingehend auf. Wir fordern das Land Hessen und den Bund auf, die Studierenden bedarfsgerecht auszufinanzieren. Öffentliche Gelder für öffentliche Aufgaben!

B) Zwei kostenlose Frei-Semester!

Während von jungen Menschen ständig „Solidarität“ (=damit gemeint war immer Verzicht) eingefordert wurde, möchten wir Studierende aktiv entlasten. Dafür sollen die Semesterbeiträge für Studierende ausgesetzt und vom Land übernommen werden. Das ist die unbürokratischste Form der "Entlastungspakete".

C) Für eine sofortige BAföG-Reform als Teil der bundesweiten Kampagne „50 Jahre BAföG

– (K)ein Grund zum Feiern“ des fzs: Für ein alters-, herkunfts- und elternunabhängiges, lebensgrundlagensicherndes BAföG als Vollzuschuss – ohne Rückzahlpflicht, Bindung an die Regelstudienzeit und weitere Restriktionen in Richtung des Konzepts des Studienhonorars in Höhe von 1200€ (für alle Studierende), damit Studierende auch als wertschöpfender Teil der Gesellschaft gesehen und einen existenzsichernden Lohn erhalten.D) Kurzfristig wirken wir für die Nicht-Anrechnung aller vergangenen und der kommenden „Übergangs-“ und Corona-Semester auf die Fristen bei BAföG, Krankenversicherung, Studierendenwerk (z.B. zu Mietobergrenz-Regelungen), Ausländerbehörde und Co.

E) Perspektivisch auch für die Aufhebung der Altersfristen und eine massive Senkung des Beitrags zur studentischen Krankenversicherung. Für Bildung für alle.

F) Die Aufnahme aller studentischen Beschäftigten in tarifliche Arbeitsverhältnisse.

G) Für ein Ende der Kürzungspolitik! Wir sehen uns als organisierender Faktor mitgliedergruppenübergreifender Kämpfe für eine bedarfsgerechte staatliche Finanzierung der Hochschulen und ihrer Sozialeinrichtungen gegen die Austeritätspolitik.

-Der Vorstand des 57. Student*innenparlament